



Gesundheit: Allgemeines

Kinder und Jugendliche konsumieren Alkohol im Übermass - Wir brauchen eine "Alkoholpolitik"!

Zusammenfassung

Alkohol ist seit Jahrtausenden ein weitverbreitetes Genussmittel, das auch aus der modernen Gesellschaft nicht wegzudenken ist. Im Gegensatz zu vielen anderen Drogen, deren Legalisierung völlig tabu oder zumindest stark umstritten ist, darf Alkohol legal produziert, verkauft und konsumiert werden und ist gesellschaftlich weitestgehend akzeptiert. Alkohol ist ein integraler Bestandteil unserer Kultur. Das Anstossen mit alkoholischen Getränken gehört zu den täglichen Ritualen unserer Gesellschaft.

Zu allen Zeiten erkannte man die Folgen übermässigen Alkoholkonsums und erliess Gebote und Verbote. In den freiheitlichen Gesellschaften geschah dies am radikalsten mittels eines Zusatzartikels zur Verfassung der USA, der die Herstellung, den Verkauf und den Transport (nicht aber den Konsum) von Alkohol verbot. Bei der Beurteilung der Frage des Alkoholkonsums und des damit möglichen Missbrauchs treten aber nahezu diametral auseinanderklaffende Interessen zutage, so wie jene der Gesundheitsvorsorge gegenüber jenen der Alkoholindustrie. Wie so oft liegt der goldene Weg in der Mitte. In einer freien Gesellschaft erscheint ein totales Verbot systemwidrig, denn eine suchtfreie Gesellschaft wird es nie geben. Aber die gesundheits- und persönlichkeitschädigende Wirkung der Alkoholsucht sowie deren gesamtgesellschaftlich negative Folgen rechtfertigen gesetzliche Einschränkungen und Eingriffe in die persönliche Freiheit des Einzelnen, insbesondere zum Zwecke des Jugendschutzes.

Dass Kinder und Jugendliche Alkohol konsumieren, hat verschiedenste Ursachen. Sie kommen in der Regel schon sehr früh im eigenen Umfeld damit in Berührung. Während der schwierigen Lebensphase der Pubertät ist die Anfälligkeit zum übermässigen Alkoholkon-



sum hoch, zumal dies in vielen Gruppierungen als Zeichen von Stärke gilt. Eine umfassende Darlegung aller Ursachen des Alkoholkonsums und -missbrauchs würde den Rahmen dieser Vorlage sprengen. Indessen gibt der Umstand, dass ein kleiner, aber wachsender Teil der Kinder und Jugendlichen zu einem problematischen Alkoholkonsum neigt, Anlass zur Sorge und fordert nach griffigen Massnahmen. In den letzten Jahren ist vor allem bei den 15- bis 24-Jährigen eine Zunahme des Rauschtrinkens und des Risikokonsums zu beobachten. Gewalt, Lärm, Vandalismus sowie Littering gehören zu den unmittelbaren negativen Begleiterscheinungen, die unsere Stadt in diesem Ausmass bis vor wenigen Jahren nicht kannte. Diese sichtbaren Folgen haben das hier behandelte Problem ins Blickfeld der Politik gerückt, obwohl der Alkoholismus insgesamt¹ – nicht nur auf Kinder und Jugendliche bezogen – gesellschaftlich und volkswirtschaftlich seit jeher grösste Schäden nach sich zieht.

Die vorliegende Postulatsantwort ist das Resultat einer interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachleuten und Fachstellen, sowohl städtischen als auch nichtstädtischen. Im Rahmen zweier Veranstaltungen wurden unter zentraler Mitwirkung der Stiftung Suchthilfe unterschiedliche Anliegen und Erwartungen erörtert, je nach Optik der Teilnehmenden. Unter ihnen befanden sich der kantonale Beauftragte für Suchtfragen, Ärzte des Kinder- und Kantonsspitals, Mitarbeitende der Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung (ZEPRA) und des kantonalen Lebensmittelinspektorats, Vertreter einer Brauerei und des Detailhandels, ein Grossveranstalter, die Leiterin der Suchtfachstelle sowie Vertreter von Stadtpolizei, Jugendsekretariat, Schulamt, Vormundschaftsamt und des Amtes für Gesellschaftsfragen. Wichtig war dabei, dass auch die Produzenten und Anbieter von alkoholischen Getränken ihre Sichtweise einbringen konnten und im direkten Gespräch mit den Fachleuten aus Prävention und Repression standen. Diesen Dialog gilt es fortzusetzen. Der Erfolg einer Alkoholpolitik, die Kinder und Jugendliche vor der Gefährdung durch Alkohol schützen soll, hängt vom Mitwirken der Alkoholindustrie und des Alkoholhandels ab. Zwar darf mit Alkohol Geld verdient werden, aber das gesellschaftliche Interesse ist über das wirtschaftliche zu stellen, vorab wenn Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Einen wichtigen Part spielen ferner die Eltern, auch wenn dies in den folgenden Ausführungen weniger beleuchtet wird. Die Eltern und nicht der Staat tragen die Verantwortung für ihre Kinder. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen haben die Erziehungsaufgabe der Eltern wesentlich erschwert. Dazu zählt die Reduktion des gesamtgesellschaftlichen Wertekonsenses. Dazu zählen aber auch der materielle Wohlstand und eine Wirtschaft, die Kinder und Jugendliche ins Fadenkreuz ihrer Werbeaktivitäten genommen hat und ihnen nahezu unbegrenzte Konsummöglichkeiten eröffnet. Eltern und Er-

¹ Grobe Schätzung: 300'000 Alkoholabhängige in der Schweiz



ziehungsberechtigte sind einerseits aufgerufen, ihre Erziehungsaufgabe wahrzunehmen. Andererseits aber gilt es, sie zu unterstützen und sie zu ermuntern, möglichst früh die Hilfe der Fachstellen in Anspruch zu nehmen, wenn sie mit dem Problem „Alkohol“ in Berührung kommen. Sich helfen lassen ist keine Schande, es zeugt vielmehr von Mut!

Die Stadt St.Gallen hat die ihr vom kantonalen Suchtgesetz zugewiesenen Aufgaben im Bereich der Suchtprävention und der Suchthilfe mittels Leistungsauftrag an die Stiftung Suchthilfe delegiert. Der Stiftung Suchthilfe obliegen die ambulante Beratung, Behandlung und Betreuung von Abhängigen und ihres Umfeldes. Beim Alkoholmissbrauch durch Jugendliche kommt ihr Prävention, Früherfassung, Beratung und Behandlung eine zentrale Aufgabe zu. Sie spielt auch eine wichtige Rolle bei der Schulung, Unterstützung und Vernetzung der Stellen und Institutionen, die sich der Suchtproblematik annehmen. Zu den Akteuren auf Stadtgebiet, die sich mit dem Alkoholmissbrauch durch Jugendliche befassen, zählen neben der Stiftung Suchthilfe das ZEPRA, die Stadtpolizei, das Jugendsekretariat, das Vormundschaftsamt, Ärztinnen und Ärzte, Spitäler, das Blaue Kreuz und die Landeskirchen.

Weil die Auswirkungen des Alkoholkonsums auf die Jugendlichen wie auch auf die Öffentlichkeit verschieden sind, müssen geeignete Massnahmen auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten werden. Der Fokus liegt dabei auf der konsequenten Durchsetzung geltender Jugendschutzbestimmungen und der besseren Vernetzung der Akteure. Daneben ist die Verfügbarkeit von Alkohol einzuschränken. Die kürzlich vom Kantonsrat vorgenommene Aufhebung des Unterhaltungsgewerbegesetzes ruft nach einer kommunalen Regelung, die es weiterhin ermöglicht, bei Anlässen Bewilligungsauflagen im Interesse des Jugendschutzes zu machen.

Dem Problem des Alkoholmissbrauchs durch Kinder und Jugendliche liegen komplexe Sachverhalte zugrunde. Es kann nicht durch einzelne Institutionen und Organisationen gelöst werden. Ziel muss es sein, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu verbessern und Synergien zu nutzen. Es gilt, ein Konzept für eine städtische Suchtpolitik zu erarbeiten und umzusetzen, die dem Schutz von Kindern und Jugendlichen höchste Priorität einräumt. Über die Kosten, die durch die intensivierten Anstrengungen gegen den Missbrauch von Alkohol durch Kinder und Jugendliche entstehen, lassen sich derzeit keine konkreten Angaben machen.



Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	6
1.1	Verändertes Konsumverhalten	6
1.2	Auswirkungen von Alkohol auf Jugendliche	7
1.3	Erhöhte Verfügbarkeit von Alkohol als zentrales Problem.....	7
1.4	Situation in der Stadt St.Gallen	8
2	Gesetzliche Grundlagen	8
2.1	Eidgenössische Bestimmungen	8
2.2	Kantonale Bestimmungen	11
2.3	Würdigung der Gesetzeserlasse und mögliche gesetzliche Massnahmen.....	11
3	Akteure sowie deren Zuständigkeiten, Instrumente und Massnahmen	12
3.1	Akteure in der schweizerischen Alkoholpolitik	12
3.2	Bund.....	13
3.3	Kanton	15
3.4	Stadt St.Gallen: Akteure und Zielgruppen	16
3.4.1	Akteure und ihre Ansätze	17
3.4.2	Zielgruppe Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten mit Intoxikationen	19
3.4.3	Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten im öffentlichen Raum“ (Wochenendtrinkerinnen und -trinker).....	19
3.4.4	Zielgruppe „Jugendliche mit regelmässigem Risikokonsum“	20
3.4.5	Zielgruppe „Jugendliche mit Tendenz zu Risikokonsum“	20
3.5	Weitere Akteure	21
4	Würdigung der bestehenden Instrumente und Massnahmen	22
4.1	Nationales Programm Alkohol 2008-2012 und Kantonaler Alkoholaktionsplan	22
4.2	Projekt „Die Gemeinden handeln!“	22
4.3	Massnahmen auf städtischer Ebene	22
4.4	Massnahmen auf privater Ebene	23
5	Handlungsbedarf.....	23
5.1	Einhaltung und Kontrolle bestehender Jugendschutz-Vorschriften	23
5.2	Gesetzlicher Regelungsbedarf.....	24
5.3	Bessere Vernetzung der Akteure auf Stadtgebiet.....	24



5.3.1	Massnahmen bei der Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten mit Intoxikationen“	25
5.3.2	Massnahmen bei der Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten im öffentlichen Raum“ (Wochenendtrinkerinnen und -trinker)	25
5.3.3	Massnahmen bei der Zielgruppe „Jugendliche mit regelmässigem Risikokonsum“	26
5.3.4	Massnahmen für alle Zielgruppen.....	26
5.3.5	Generelle Massnahmen.....	27
6	Schlussfolgerung	27
6.1	Forderung nach ganzheitlicher Sichtweise und interdisziplinärer vernetzter Zusammenarbeit	27
6.2	Erarbeitung eines Alkoholkonzeptes der Stadt St.Gallen	28
7	Anträge.....	29



1 Ausgangslage

Am 8. Mai 2007 hiess das Stadtparlament das dringliche Postulat „Kinder und Jugendliche konsumieren Alkohol im Übermass – Wir brauchen eine ‚Alkoholpolitik‘!“ mit folgendem Wortlaut gut:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, auf Veranstalter und Gewerbe im Sinne eines verbesserten Jugendschutzes Einfluss zu nehmen und welche Strategien schlägt der Stadtrat bezüglich Alkoholmissbrauch von Jugendlichen in der Stadt St.Gallen vor?
2. Wie geht insbesondere die Gewerbepolizei mit dem Problem Alkoholmissbrauch von Jugendlichen bei ihrer Bewilligungspraxis um? Welche Instrumente hat sie zur Verfügung und wie setzt sie diese ein?
3. In welcher Form wird die Vernetzung der verschiedenen Verantwortungsbereiche bereits gepflegt? Welche Möglichkeiten sehen die zuständigen Behördenstellen, diese Vernetzung zu intensivieren?

1.1 Verändertes Konsumverhalten

Obwohl der Konsum reinen Alkohols pro Kopf der Bevölkerung seit mehr als 20 Jahren rückläufig ist, gehört die Schweiz mit einem Durchschnittskonsum von 8,6 Litern pro Einwohner und Jahr nach wie vor zu den Hochkonsumländern. Und trotz gesamthaft rückläufigem Pro-Kopf-Konsum ist bei den Jugendlichen in den letzten Jahren eine Zunahme des Alkoholkonsums zu beobachten. Immer häufiger berauschen sich Kinder und Jugendliche mit Alkohol. Untersuchungen belegen, dass Rauschtrinken und Risikokonsum vor allem bei den 15- bis 24-Jährigen steigen. Ungefähr 16 % der 11- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schüler trinken regelmässig Alkohol, d.h. mindestens einmal wöchentlich.²

Der besorgniserregende Alkoholkonsum durch Kinder und Jugendliche manifestiert sich vor allem an den Wochenenden. Einhergehend mit einer Abnahme der sozialen Kontrolle über den Suchtmittelkonsum herrscht vor allem bei Jugendlichen zunehmend ein anonymisiertes und unkontrolliertes Trinkverhalten vor. In den letzten Jahren haben sich die Möglichkeiten

² Vgl. Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme, Zahlen und Fakten, www.sfa-ispa.ch, Lausanne SFA-ISPA 2006.



für diesen anonymen und unkontrollierten Konsum von Alkohol durch die Liberalisierung der Öffnungszeiten der Verkaufsstellen, ein ständig breiter werdendes Angebot an alkoholhaltigen Getränken (insb. Alcopops) und durch das veränderte Ausgehverhalten stark ausgeweitet. Problematische Konsummuster wie das „Rauschtrinken“ führen dazu, dass immer mehr Kinder und Jugendliche mit einer Alkoholvergiftung (siehe Beilage) in Spitäler eingeliefert werden müssen.

1.2 Auswirkungen von Alkohol auf Jugendliche

Da Jugendliche empfindlicher auf die Wirkungen von Alkohol reagieren, kann Trunkenheit in diesem Alter besonders negative Konsequenzen nach sich ziehen. Jugendliche gefährden dadurch ihre Gesundheit, sind gewaltbereiter, riskieren Unfälle, verursachen Lärm, Verschmutzung und Vandalismus. Die Studie „Alkohol und Gewalt im Jugendalter“ der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme belegt, dass Jugendliche mit problematischem Alkoholkonsum ein erhöhtes Mass an gewalttätigem Verhalten aufweisen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine europäische Schülerstudie zum Alkohol- und Drogenkonsum ESPAD, nach welcher bei der Mehrheit der Gewalttätigkeiten, die durch Jugendliche verübt werden, ein problematischer Alkoholkonsum im Spiel ist. Im Alltag sind wir heute vermehrt konfrontiert mit Gewaltvorfällen unter Alkoholeinfluss im öffentlichen Raum, insbesondere an Sportveranstaltungen und Festivitäten. Betrunkene Jugendliche sind häufig auch Verursacher von Lärm und Vandalismus.

Anlass zu Besorgnis gibt auch, dass sich bei Jugendlichen sehr schnell eine Alkoholabhängigkeit entwickeln kann. Während bei Erwachsenen die Abhängigkeit in der Regel erst nach 10 bis 15 Jahren missbräuchlichen Alkoholkonsums eintritt, ist dies bei Heranwachsenden bereits nach einer Zeit zwischen sechs Monaten und zwei Jahren der Fall.

1.3 Erhöhte Verfügbarkeit von Alkohol als zentrales Problem

Die gegenwärtigen Liberalisierungen der Öffnungszeiten von Verkaufsstellen und Gaststätten sind insofern problematisch, als sie die Verfügbarkeit von Alkohol für Kinder und Jugendliche erhöhen. Durch Einschränkungen der Alkoholverkaufszeiten auf bestimmte Tageszeiten wird deshalb in mehreren Kantonen versucht, den Alkoholkonsum und die damit verbundenen Probleme zu verringern. Begrenzte Öffnungszeiten für Geschäfte erzielen die grösste Wirkung bei Personen, die zuhause über keinen Vorrat an Alkohol verfügen – sei es, weil sie es sich nicht leisten können oder weil sie nicht im Voraus planen (z.B. Jugendliche).



1.4 Situation in der Stadt St.Gallen

Wie in den meisten grösseren Schweizer Städten hat das Problem des öffentlichen Rauschtrinkens auch in St.Gallen einen hohen Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein eingenommen. Als einer der Hauptgründe wird die einfache Verfügbarkeit von kostengünstigem Alkohol, z.B. über Tankstellen- und Bahnhofshops, angesehen. In der Folge gehören exzessives Rauschtrinken bei Jugendlichen, Ausgehlärm bis in die frühen Morgenstunden sowie überhandnehmendes Littering zu den Problemen, die man vor wenigen Jahren in diesem Ausmass kaum kannte.

Auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen gibt es rund 520 Gastwirtschaftsbetriebe. Von diesen weisen rund 60 verkürzte oder aufgehobene Schliessungszeiten³ auf (in der Regel handelt es sich dabei um „Bars“, sogenannte „Trendlokale“ und „Clubs“). In der Stadt verfügen rund 60 Geschäfte (Detailhandelsgeschäfte, Grossverteiler, Drogerien, Tankstellenshops) über ein Patent für den Verkauf von gebrannten Wassern. Daneben gibt es schätzungsweise 150 bis 200 Betriebe, welche vergorenen Alkohol anbieten (Kiosks, Weinhandlungen, Getränkedepots usw.), welche nach heutiger Gesetzgebung keine Bewilligung dazu brauchen.

Jüngere Jugendliche, die noch keinen Zutritt zu Clubs haben (die meisten Clubs legen das Zutrittsalter auf 18 Jahre fest), verweilen auf öffentlichen Plätzen und versorgen sich in nahegelegenen Shops mit Alkohol. Dabei besorgen zum Teil über 16-Jährige (bei Bier und Wein) bzw. über 18-Jährige (bei gebrannten Wassern) die alkoholischen Getränke und geben diese an jüngere, den Jugendschutzbestimmungen unterstehenden Kolleginnen und Kollegen weiter.

2 Gesetzliche Grundlagen

Zum Thema gibt es auf eidgenössischer und kantonaler Ebene gesetzliche Bestimmungen.⁴

2.1 Eidgenössische Bestimmungen

Die eidgenössische Alkoholgesetzgebung ist kein umfassendes Gesetzeswerk mit einheitli-

³ Terminologie gemäss Kantonalem Gastwirtschaftsgesetz (sGS 553.1); verkürzte Schliessungszeit = längere Öffnungszeit.

⁴ Die nachfolgende Auslegeordnung der Gesetzesgrundlagen wurde dem Bericht der Kantonsregierung vom 28. August 2007 über die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs Jugendlicher und Erwachsener (40.07.05) entnommen.



cher inhaltlicher Ausrichtung, sondern widerspiegelt gesundheits-, agrar-, gewerbe- und fiskalpolitische Interessen. Dementsprechend weist sie auch verschiedene Schwachstellen auf:

- Sie betrifft nur die gebrannten Wasser, obwohl deren Konsum seit langem weniger als 20 Prozent des Gesamtkonsums alkoholischer Getränke ausmacht.
- Die fiskalischen Einnahmen vermögen die durch den übermässigen Alkoholkonsum entstehenden sozialen Kosten bei weitem nicht zu decken.
- Die Alkoholgesetzgebung steht im Brennpunkt gegensätzlicher Interessen: Zwar bekräftigt die Verfassung die gesundheitspolitische Absicht, diese konkurriert jedoch mit fiskal-, agrar- und gewerbepolitischen Zielen.

Die schweizerische Alkoholordnung ist in der Bundesverfassung (BV; SR 101) verankert. Sie weist insofern eine wichtige Besonderheit auf, als dass sich die Gesetzgebung auf Spirit und Spirituosen (Süssweine, Wermut, Alcopops, hochgradiges Ethanol) beschränkt, vergorene Getränke jedoch nicht reglementiert. Laut Verfassung hat der Bund seine Gesetzgebung so zu gestalten, dass der Verbrauch von Trinkbranntwein vermindert wird. Zu diesem Zweck wurde das Alkoholmonopol geschaffen. Es obliegt dem Bund und wird von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) seit über 100 Jahren ausgeübt.

Das Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz, SR 680) basiert im Wesentlichen auf Art. 105 und 131 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 BV. Es regelt die Herstellung, die Einfuhr und den Handel mit Spirituosen. Die durch die Teilrevision vom 1. Februar 1997 vorgenommenen Gesetzesänderungen entsprechen den GATT/WTO-Verpflichtungen und sind auf die europäischen Vorschriften ausgerichtet. Durch die Änderung vom 3. Oktober 2003 wurde mit dem neuen Art. 23bis Abs. 2bis des Alkoholgesetzes (in Kraft seit 1. Februar 2004) eine Sondersteuer auf Alcopops eingeführt. Damit will der Gesetzgeber der hohen Attraktivität dieser Produkte, die vor allem auf ein jugendliches Zielpublikum ausgerichtet sind, entgegenwirken. Weiter regelt das Alkoholgesetz die Verteilung und die Verwendung des Reinertrags der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. Demnach erhalten der Bund 90 Prozent und die Kantone 10 Prozent des Reingewinns. Diesen «Alkoholzehntel» müssen die Kantone für die Bekämpfung des Alkoholismus und des Missbrauchs anderer Suchtmittel verwenden.

Trotz des grundsätzlich gesundheitspolitischen Gedankens der Bundesverfassung ist die Alkoholgesetzgebung im Wesentlichen eine Fiskalgesetzgebung und hat dementsprechend nur wenig gesundheitspolitische Bedeutung. So verbietet sie unter anderem das Hausieren mit gebrannten Wassern sowie den Verkauf und den Ausschank von Spirituosen an unter



18-Jährige. Weiter reglementiert das Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (SR 680) die Werbung für gebrannte Wasser und verbietet sie in besonderen Fällen.

Die eidgenössische Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (SR 817.02) enthält Bestimmungen hinsichtlich Werbung und Abgabe von alkoholischen Getränken. So untersagt Art. 11 jede Werbung für alkoholische Getränke, die sich speziell an Jugendliche unter 18 Jahren richtet. Art. 11 verbietet die Abgabe von alkoholischen Getränken an unter 16-Jährige (eine entsprechende Strafnorm fehlt allerdings), die Visualisierung der gesetzlichen Verkaufsbeschränkungen durch Hinweisschilder an den Verkaufspunkten und hält fest, dass alkoholische Getränke deutlich unterscheidbar von alkoholfreien Getränken zum Verkauf angeboten werden müssen. Die Umsetzung und Kontrolle dieser Bestimmungen ist an die Kantone delegiert.

Das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) verbietet in Art. 136 die Abgabe von alkoholischen Getränken oder anderer Stoffe in einer Menge, welche die Gesundheit gefährden kann, an Kinder unter 16 Jahren.

Als Folge der Revision des Eisenbahngesetzes (EBG; SR 742.101), wonach die Bahnunternehmungen an Bahnhöfen und in Zügen Nebenbetriebe einrichten können, die sich nicht an die Schliessungszeiten von Kantonen und Gemeinden halten müssen⁵, hat sich die Situation um und an Bahnhöfen verschärft. Damit wurden Öffnungszeiten für Geschäfte, welche Produkte für den „Reisendenbedarf“ verkaufen, bis Mitternacht verlängert. Eingeschlossen sind auch Lebensmittelgeschäfte, die auch Alkoholika verkaufen. Die bisherige Praxis hat gezeigt, dass diese Geschäfte ihre „Vormachtstellung“ ausnutzten, indem sie grosse Mengen günstigen Alkohols u.a. auch an Jugendliche verkaufen. Im Januar 2008 hatte der Schweizerische Städteverband bei seinen Mitgliedern eine Umfrage betreffend Öffnungszeiten der Verkaufsgeschäfte in den Bahnhöfen durchgeführt mit dem Ziel, via Intervention in den eidgenössischen Räten im Eisenbahngesetz eine Einschränkung der Verkaufszeiten der Bahnhofgeschäfte auf die Schalteröffnungszeiten der SBB zu verankern. Inzwischen haben die SBB in Absprache mit den Ladenbetreibern beschlossen, den Alkoholverkauf in Läden und Kiosken in SBB-Bahnhöfen ab April 2008 vorläufig um 22.00 Uhr einzustellen; vorbehalten bleiben künftige strengere gesetzliche Regelungen.

⁵ Art. 39 Abs. 2 EGB lautet: Auf die von den Bahnunternehmungen als Nebenbetriebe definierten Betriebe finden die Vorschriften von Kantonen und Gemeinden über die Öffnungs- und Schliessungszeiten keine Anwendung. Hingegen unterstehen die Bahnnebenbetriebe den übrigen Vorschriften über die Gewerbe-, Gesundheits- und Wirtschaftspolizei sowie den von den zuständigen Behörden verbindlich erklärten Regelungen über das Arbeitsverhältnis.



2.2 Kantonale Bestimmungen

Die Verfassung des Kantons St.Gallen (sGS 111.1) hält in Art. 15 als Staatsziel fest, dass einerseits die Bevölkerung zu für sie tragbaren Bedingungen eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhält und andererseits in unserem Kanton eine wirksame und breit gefächerte Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung bestehen. Weiter setzt sich der Kanton St.Gallen zum Ziel, dass die Bevölkerung Sport betreiben kann.

Die 1996 erfolgte Revision des kantonalen Gastwirtschaftsgesetzes (sGS 553.1) war geprägt vom gesamtschweizerischen Liberalisierungstrend (Wegfall des Bedürfnisnachweises, Erweiterung der Öffnungszeiten usw.). Den Anliegen des Jugendschutzes wurde die Revision aber weniger gerecht. Zwar blieben das bestehende Abgabeverbot von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren in Gastwirtschaftsbetrieben, der so genannte «Sirupartikel», und das Abgabeverbot von gebrannten Wassern im Kleinhandel an Jugendliche unter 18 Jahren erhalten, ein entsprechendes Abgabeverbot von alkoholischen Getränken im Kleinhandel an Jugendliche unter 16 Jahren wurde aber gestrichen.

Das seit 1999 geltende Suchtgesetz (sGS 311.2) hat die Bestimmung des generellen Abgabeverbots von alkoholischen Getränken im Kleinhandel an Jugendliche unter 16 Jahren wieder aufgenommen. Das Suchtgesetz ersetzt das Gesetz über die Verhütung und Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs (sGS 385.1) und regelt die Grundlagen der ambulanten und stationären Hilfe im Bereich von Alkohol und Medikamenten einerseits und von illegalen Drogen andererseits in einem Erlass. Weiter regelt das Gesundheitsgesetz (sGS 311.1) in Art. 21, Art. 25 und Art. 27 Aufgabenteilung und Zuständigkeiten in der Gesundheitsvorsorge beziehungsweise der Prävention.

2.3 Würdigung der Gesetzeserlasse und mögliche gesetzliche Massnahmen

Der Verkauf von Alkohol an Jugendliche unter 16 bzw. 18 Jahren ist klar geregelt und auch mit strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten versehen. Dagegen ist die „Abgabe“ von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren wohl lebensmittelrechtlich untersagt, aber nicht strafbar. Somit fehlt in Fällen, in welchen Berechtigte Alkohol kaufen und an „nicht berechnigte“ Jugendliche weitergeben, eine strafrechtliche Sanktionsmöglichkeit. Ferner fehlen derzeit Bestimmungen, welche den Alkoholverkauf für vergorenen Alkohol (Bier, Wein usw.) unter Bewilligungspflicht stellen. Somit gibt es auch keine Möglichkeit, Verstösse gegen Jugendschutzvorschriften durch Entzug der Bewilligung zu sanktionieren.

Da Massnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs Jugendlicher nur im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen möglich sind, besteht dringender Handlungsbedarf für gesetzliche



Anpassungen. Neben einer Verbotsnorm für die Weitergabe von Alkohol an Jugendliche fehlen zur Zeit auf kantonaler Ebene zeitliche Einschränkungen für den Verkauf alkoholischer Getränke. Entsprechende gesetzliche Anpassungen sollten im Interesse des Jugendschutzes vorgenommen werden.

Die vom Kanton beschlossene Aufhebung des Unterhaltungsgewerbegesetzes⁶ mit der dadurch weitgehend wegfallenden Bewilligungspflicht für Veranstaltungen hat zur Folge, dass den Veranstaltern keine Auflagen bezüglich Jugendschutz (z.B. Eintrittskontrollen, Abgabe von verschiedenfarbigen Bändern für die verschiedenen Alterskategorien usw.) gemacht werden können. Im Interesse eines wirksamen Jugendschutzes sollen deshalb auf städtischer Ebene wieder entsprechende gesetzliche Voraussetzungen für die Bewilligungspflicht geschaffen werden.

In anderen Kantonen wird unterschiedlich gegen junge Rauschtrinker vorgegangen. So haben *Zürich* und *Bern* ein Weitergabeverbot von Alkohol an Jugendliche bereits gesetzlich verankert. *Baselland* will das Alkohol-Verkaufsverbot an Jugendliche generell auf 18 Jahre erhöhen; gleichzeitig soll die Weitergabe von Alkohol an Jugendliche strafbar werden. Die Regierung des Kantons *Schwyz* prüft ein Weitergabeverbot sowie ein Alkoholverkaufsverbot an Kiosken und Einkaufsshops ab 21.00 Uhr. In *Genf* besteht ein Verkaufsverbot von alkoholischen Getränken an Tankstellen und in Videotheken; zudem gilt ein generelles Verkaufsverbot für Alkohol zwischen 21.00 und 07.00 Uhr. Der Kanton *Tessin* kennt ein generelles Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche unter 18 Jahre. Auch im Kanton *Zug* ist bei der laufenden Revision des Gesundheitsgesetzes ein generelles Alkoholverkaufsverbot bis 18 Jahre vorgesehen. In *Basel-Stadt* gilt ein Verkaufsverbot von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren zwischen 24.00 und 07.00 Uhr; ein Weitergabeverbot an Jugendliche wird derzeit diskutiert. In *Solothurn* legt der Regierungsrat demnächst ein Massnahmenpaket vor; ein parlamentarischer Vorstoss fordert die Prüfung eines Konsumverbots. In *Chur* gilt ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Strassen und Plätzen zwischen 00.30 und 07.00 Uhr.

3 Akteure sowie deren Zuständigkeiten, Instrumente und Massnahmen

3.1 Akteure in der schweizerischen Alkoholpolitik

Die Schweizerische Alkoholpolitik ist geprägt von einer Vielzahl von Akteuren (Bund, Kantone, Gemeinden, NGO, Private). Auf Stufe Bund befassen sich insbesondere das Bundesamt

⁶ Botschaft der Regierung vom 27. Februar 2007 mit dem Entwurf 22.07.12 Nachtrag zum Unterhaltungsgewerbegesetz.



für Gesundheit (BAG) u.a. mit Abgabevorschriften, Gesundheitsförderung sowie Prävention und die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) mit Spirituosenbesteuerung oder Beiträgen an Alkoholpräventionsmassnahmen mit Alkoholfragen.

Zu den Hauptakteuren der Alkoholpolitik zählen die Kantone. Sie sind die wichtigsten Partner im Vollzug des Bundesrechts und verfügen über weitreichende Zuständigkeiten im Bereich der Verhältnisprävention, z.B. durch die Festlegung der Ladenöffnungszeiten, die Regelungen für Gastgewerbe und Detailhandel sowie den Erlass von Werbevorschriften. Die Kantone haben über die jeweilige Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik auch starken Einfluss auf die Quantität und Qualität der Verhaltensprävention und der Früherkennung (z.B. im schulischen und ausserschulischen Bereich) und desgleichen in Bezug auf die verfügbaren Beratungs- und Therapieangebote⁷.

3.2 Bund

Im Auftrag des Bundesrats hat das Bundesamt für Gesundheit zusammen mit den wichtigen Akteuren das Nationale Programm Alkohol 2008-2012 (NPA) erarbeitet⁸. Dieses legt die Handlungsschwerpunkte auf die Bereiche Jugend, Gewalt, Sport und Unfälle und zielt strategisch sowohl auf die Stärkung der individuellen Gesundheitskompetenz ab wie auch auf die Verhältnisprävention, wie Marktregulierungen oder Vorschriften im Bereich Alkoholkonsum und Verkehr. Das vorliegende Programm fasst zum einen den heutigen Stand der Schweizer Alkoholpolitik und die aktuellen Herausforderungen zusammen. Zum anderen gibt es einen Überblick über die Vision, Ziele und Strategie der künftigen Alkoholpolitik und skizziert die massgeblichen Handlungsfelder.

Bei der Erarbeitung des NPA wurden 34 Massnahmenvorschläge entwickelt, welche im Rahmen der definierten Handlungsfelder zur Erreichung der NPA-Ziele beitragen sollen. Die Kompetenz für die Realisierung liegt bei unterschiedlichen Akteuren.

Dem NPA liegen die folgenden Leitideen zugrunde:

- Die Alkoholpolitik soll nach dem Prinzip der „Evidence-based Policy“ gestaltet werden; effiziente Handlungsansätze aus der Vergangenheit sind im Sinne von „Best practices“ (erfolgreiche Erfahrungen) gezielt zu fördern und auszuweiten.

⁷ Vgl. Nationales Programm Alkohol 2008 – 2012, S. 6;
<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/1565/Vorlage.pdf>.

⁸ Bundesamt für Gesundheit BAG, Nationales Programm Alkohol 2008–2012 vom 26. Oktober 2007;
<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/1565/Vorlage.pdf>.



- Die Alkoholpolitik hat den Fokus auf die Reduktion des problematischen Konsums zu legen.
- Der Vollzug der bestehenden gesetzlichen Vorschriften für den Jugendschutz und die Prävention haben Priorität.
- Die Aufgaben für die Alkoholpolitik werden gemäss Subsidiaritätsprinzip wahrgenommen, die Kantone nehmen beim Vollzug eine tragende Rolle ein. Die Alkoholpolitiken von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen Teil einer kohärenten Suchtpolitik werden.
- Die Alkoholpolitik hat stärker auf die Minderung der negativen Auswirkungen des Alkoholkonsums, auf das persönliche Umfeld und auf die Gesellschaft abzielen. Gewalt, Unfälle und Sport gelten dabei als prioritäre Bereiche.
- Die Alkoholpolitik muss neben der Förderung individueller Verhaltensänderungen und kollektiver Lernprozesse (= Verhaltensprävention) der Verhältnisprävention (= strukturelle Prävention) mehr Gewicht geben.

Das NPA beruht auf der Vision: „Wer alkoholische Getränke trinkt, tut dies, ohne sich selber und anderen Schaden zuzufügen.“ Damit diese Vision näher rückt, definiert das NPA für die nächsten Jahre die folgenden sieben alkoholpolitischen Oberziele:

1. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sind für die besondere Verletzlichkeit von Kindern und Jugendlichen durch alkoholische Getränke sensibilisiert und unterstützen entsprechende Jugendschutzmassnahmen.
2. Der problematische Alkoholkonsum (Rauschtrinken, chronischer und situationsunangepasster Konsum) ist reduziert.
3. Die Anzahl alkoholabhängiger Personen hat abgenommen.
4. Die Angehörigen und das direkte soziale Umfeld sind von den negativen Auswirkungen des Alkoholkonsums spürbar entlastet.
5. Die negativen Auswirkungen des Alkoholkonsums auf das öffentliche Leben und die Volkswirtschaft haben sich verringert.
6. Die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Bereich Alkohol koordinieren ihre Tätigkeiten und gewährleisten gemeinsam die erfolgreiche Umsetzung des Nationalen Programms Alkohol.
7. Die Bevölkerung kennt die negativen Auswirkungen des Alkoholkonsums und unterstützt geeignete Massnahmen, um diese zu verringern.



Das NPA definiert ferner zehn Handlungsfelder, zu welchen jeweils konkrete Massnahmen vorgeschlagen werden. Im Folgenden eine Auswahl der Handlungsfelder:

- So umfasst z.B. das Handlungsfeld „Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Früherkennung“ alle Bestrebungen, im Bereich Alkohol landesweit eine möglichst wirksame Verhaltensprävention (inkl. Früherkennung) zu betreiben und die Alkoholprävention mit der allgemeinen Gesundheitsförderung und Suchtprävention zu verbinden.
- Zum Handlungsfeld der „individuellen und gesellschaftlichen Schadensminderung“ gehören alle Bemühungen, in Ergänzung zur Verhaltensprävention und zu Behandlungsangeboten die schädlichen Auswirkungen des Alkoholkonsums zu begrenzen und die Gesellschaft und die Betroffenen vor diesen unerwünschten Begleiterscheinungen zu schützen.
- Das Handlungsfeld „Marktregulierung und Jugendschutz“ umfasst alle Anstrengungen der öffentlichen Hand, durch eine differenzierte Marktregulierung die Erhältlichkeit von sowie den Zugang zu alkoholischen Getränken zu erschweren und so insbesondere den Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen einzudämmen. Zur Marktregulierung gehören auch die Imageförderung alkoholfreier Getränke und die Beschränkung der Alkoholwerbung.
- Im Handlungsfeld „institutionelle Zusammenarbeit“ geht es um Anstrengungen, welche die Zusammenarbeit der Akteure in der Alkoholpolitik verbessern, die vorhandenen Synergien optimal nutzen und den Transfer von Know-how gewährleisten.
- Zum Handlungsfeld „Rechtsumsetzung, internationale Richtlinien“ gehören alle Bestrebungen im Bereich Alkohol, geltendes Recht im gesellschaftlichen Zusammenleben effektiv zum Tragen zu bringen.

3.3 Kanton

Im Postulatsbericht zur „Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs Jugendlicher und Erwachsener“ zählt die Regierung die Minderung der alkoholbedingten Schäden zu den wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Als besonders besorgniserregend bezeichnet sie die Zunahme von übermässigem Konsum alkoholischer Getränke bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren sowie die - trotz der geltenden Jugendschutz-Bestimmungen - nach wie vor leichte Erhältlichkeit von Alkoholika durch die geschützte Altersgruppe.

Obwohl der Kanton St.Gallen über ein gut ausgebautes und fachlich hoch stehendes Netz an Präventions-, Behandlungs- und Betreuungsangeboten im Suchtbereich verfügt, hat sich in letzter Zeit gezeigt, dass das vorhandene Angebot den Anforderungen in Zusammenhang



mit der Alkoholproblematik nicht mehr vollumfänglich entspricht. Der erwähnte Postulatsbericht empfiehlt deshalb, die bestehende Konzeption zu ergänzen und weitergehende Massnahmen in Suchtprävention und zur Einschränkung der Verfügbarkeit von Alkohol, speziell für Jugendliche, zu ergreifen. Zu diesem Zweck erarbeitet die Regierung einen kantonalen Alkoholaktionsplan mit konkreten Zielen und Massnahmen zur Verminderung der Alkoholproblematik für die jeweilige Legislaturperiode, erstmals für die Periode 2008 – 2012.

Insbesondere aufgrund der steigenden Anzahl exzessiv Alkohol trinkender Jugendlicher, dem immer tieferen Alter dieser Jugendlichen sowie der daraus entstehenden gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Folgen für das Individuum und die Gesellschaft sieht der Kanton einen zusätzlichen Bedarf an Suchtprävention. Um den zunehmenden Bedarf an Suchtprävention abzudecken, sind bereits bestehende und neu zu planende Massnahmen zu koordinieren und die verschiedenen Akteure zu vernetzen und zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen die personellen Ressourcen des Zentrums für Prävention (ZEPRA) für den Bereich Suchtprävention verstärkt werden.

Als weitere Massnahme auf kantonaler Ebene wird die verstärkte Umsetzung und Kontrolle der geltenden Jugendschutzbestimmungen empfohlen. Sie sollen konsequent umgesetzt und deren Einhaltung verstärkt - beispielsweise durch Testkäufe - kontrolliert werden. Weiter soll das Verkaufs- und Bedienungspersonal bezüglich der geltenden Bestimmungen des Jugendschutzes vermehrt geschult werden. Während Planung und Umsetzung solcher Massnahmen dem ZEPRA obliegen, ist deren konkrete Umsetzung durch regionale Kooperationspartner⁹ vorgesehen.

3.4 Stadt St.Gallen: Akteure und Zielgruppen

Den jugendlichen Alkoholabhängigen oder *die* jugendliche Alkoholabhängige gibt es nicht, da die Auswirkungen des Alkoholkonsums auf die Jugendlichen selber wie auch auf die Öffentlichkeit verschieden sind. Dementsprechend müssen unterschiedliche Massnahmen unterschiedlicher Akteure (Ziff. 3.4.1) auf die entsprechenden Zielgruppen (Ziff. 3.4.2 ff.) ausgerichtet werden.

⁹ In der Stadt St.Gallen im Auftrag der Stadtpolizei durch die Stiftung Suchthilfe; <http://www.stiftung-suchthilfe.ch/>.



3.4.1 Akteure und ihre Ansätze

Neben den Eltern, zu deren im veränderten gesellschaftlichen Umfeld immer schwieriger werdenden Erziehungsaufgabe auch die Vermittlung eines verantwortungsbewussten Umgangs mit Alkohol gehört, sind in der Stadt St.Gallen verschiedene Akteure mit der Problematik des Alkoholmissbrauchs durch Jugendliche befasst. Es sind dies vor allem die Stiftung Suchthilfe, die kantonale Fachstelle für Prävention ZEPRA, das Amt für Gesellschaftsfragen, die Stadtpolizei, die Schule, das Jugendsekretariat, Ärzte und Spitäler (insb. das Ostschweizer Kinderspital), das Blaue Kreuz und die Landeskirchen.

Die Stiftung Suchthilfe

Die Stadt St.Gallen hat die ihr gemäss kantonalem Suchtgesetz obliegenden Aufgaben im Bereich der Suchtprävention und der Suchthilfe mittels Leistungsauftrag an die Stiftung Suchthilfe delegiert. Der 1990 von Stadt und Kanton St.Gallen mit Unterstützung der städtischen Kirchgemeinden gegründeten Stiftung Suchthilfe obliegen die ambulante Beratung, Behandlung und Betreuung von Abhängigen und ihres Umfeldes. Beim Alkoholmissbrauch durch Jugendliche kommt ihr bei der Prävention, Früherfassung, Beratung und Behandlung eine zentrale Aufgabe zu. Sie spielt ferner eine wichtige Rolle im Rahmen der Schulung, Unterstützung und Vernetzung verschiedener von der Alkoholproblematik betroffener Stellen und Institutionen wie Behörden, Verwaltungsstellen, Polizei, Veranstalter, Justiz und Bildungseinrichtungen.

Die Suchtfachstelle der Stiftung Suchthilfe berät und informiert Betroffene, Angehörige und andere Bezugspersonen zum Thema Sucht. Im Beratungsgespräch erarbeiten die Mitarbeitenden gemeinsam mit den Ratsuchenden Lösungsansätze für die bestehenden Suchtprobleme. Die Abteilung Früherfassung bietet für verschiedenste Gruppen, insbesondere Schulen, Vereine und Eltern Veranstaltungen im Präventionsbereich sowie Fachberatungen und Bildungsangebote im Bereich Sucht an.

Die Stadtpolizei

Die Stadtpolizei kontrolliert die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen in Gastwirtschaftsbetrieben und Verkaufsstellen und macht entsprechende Auflagen im Zusammenhang mit der Bewilligungserteilung für Anlässe. Sie ist daneben generell für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum besorgt. Wo Hinweise bestehen, dass Jugendschutzbestimmungen missachtet werden, führt die Stadtpolizei verstärkte Kontrollen durch. Bei der Bewilligungserteilung für Veranstaltungen macht die Stadtpolizei jeweils Auflagen, welche der Einhaltung und dem Vollzug der Jugendschutzbestimmungen dienen. Dazu kann die Abgabe von verschiedenen farbigen Kontrollbändern an Jugendliche unter 16 Jahre, unter 18 Jah-



re sowie über 18 Jahre vorgeschrieben werden, damit das Ausschankpersonal leichter erkennen kann, was für Getränke herausgegeben werden dürfen. In Zusammenarbeit mit dem ZEPRA führte die Stadtpolizei die Alkohol-Präventionskampagne „Checkpoint“ durch, in deren Rahmen das Verkaufspersonal des Detailhandels sowie das Servicepersonal für die Anliegen des Jugendschutzes beim Verkauf und Ausschank von alkoholischen Getränken sensibilisiert und bei der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen unterstützt werden. Mit einem eigens dafür entwickelten Anzeigeformular werden Eltern unterstützt, welche gegen Verkaufsgeschäfte des Detailhandels oder Gastwirtschaften vorgehen möchten, welche ihren Kindern verbotenerweise alkoholische Getränke verkauft haben.

Das Jugendsekretariat

Das Jugendsekretariat betreibt verschiedene Jugendtreffs und das „flon“. Daneben trägt das Jugendsekretariat mit dem auf drei Jahre befristeten Pilotprojekt „Jugendarbeit Zentrum“ in der Innenstadt zur Entspannung und Problementschärfung bei. Die aufsuchende Jugendarbeit Zentrum steht in Kontakt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in ihrer Freizeit in der Innenstadt aufhalten. Ihnen wird im Zentrum eine Jugendbeiz angeboten, in der sie sich ungezwungen und ohne Konsumzwang aufhalten können. Die Jugendarbeit Zentrum setzt auf vernetzte Lösungsansätze mit verschiedenen Beteiligten (Stadtpolizei, Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit/Gassenarbeit, Bewohnerinnen und Bewohner, Clubs, Restaurants).

Die Schule

In der Schule werden fächerübergreifende Kenntnisse über alkoholische Getränke vermittelt und die Schülerinnen und Schüler gegenüber deren Wirkung sensibilisiert. Zudem bestehen Richtlinien und Sanktionen hinsichtlich des Konsums von Alkohol im Schulbereich. Der schulärztliche Dienst führt in der Oberstufe Reihenuntersuchungen durch.

Die medizinischen Fachkräfte

Zu den Aufgaben der Ärzteschaft gehört die kompetente und systematische Früherkennung und Beratung (sogenannte „Kurzintervention“) bei risikoreichem Alkoholkonsum sowie die wirkungsvolle interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Spezialisten und Spezialistinnen im medizinischen und psychosozialen Bereich. Das Ostschweizerische Kinderspital St.Gallen hat zu diesem Zweck ein spezielles Management entwickelt, das bei Alkoholintoxikationen zur Anwendung kommt.



3.4.2 Zielgruppe Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten mit Intoxikationen

Definition: Diese Jugendlichen kennen beim Alkoholkonsum kein Mass. Sie trinken häufig an Wochenenden, oft im öffentlichen Raum, bis zum Umfallen und brauchen schliesslich medizinische Soforthilfe.

Angebote: Das Ostschweizer Kinderspital St. Gallen hat ein neues Management bei Alkoholintoxikationen von Teenagern bis 16 Jahren entwickelt. Nach der medizinischen Erstversorgung auf der Notfallstation kommt ein unterschiedlicher Behandlungsplan für Low Risk- und High Risk-Adoleszente zur Anwendung.

In Einzelfällen greift die Polizei die jugendlichen Rauschtrinkerinnen und Rauschtrinker auf und übergibt sie in die Obhut der Eltern.

Wirkung: Die Massnahmen funktionieren als Krisenintervention. Lückenhaft oder fehlend ist indessen eine nachhaltige Intervention, Betreuung und Therapie. Bei der Polizeiintervention hat sich gezeigt, dass Eltern oftmals ihre Verantwortung nicht übernehmen. Sie setzen ihren Kindern keine Grenzen und lassen sie gleich wieder in den Ausgang gehen.

3.4.3 Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten im öffentlichen Raum“ (Wochenendtrinkerinnen und -trinker)

Definition: Die Alkoholkonsumierenden im öffentlichen Raum betrinken sich regelmässig an den Wochenenden massiv. Eine medizinische Krisenintervention bleibt zwar aus, jedoch sind sie hoch gefährdet. Die Auswirkungen ihres Trinkens sind im öffentlichen Raum spürbar. Sichtbare Beispiele sind die problematische Zunahme von Abfall, Lärm, Gewalt und Sachbeschädigung im öffentlichen Raum.

Angebote: An einzelnen Treffpunkten alkoholierter Jugendlicher haben Mitarbeitende von Einrichtungen wie Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit (bisher Gassenarbeit) und Aufsuchende Jugendarbeit einen punktuellen Zugang zu den Cliquen und Gruppen geschaffen. Sie sind präsent, dort wo es zu einer Häufung von Problemen und Reklamationen kommt (Beispiele: Stadtzentrum, Drei Weieren, Grütli). Zwischen den Mitarbeitenden der Jugendarbeit, der Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit und der Stadtpolizei besteht eine enge und konstruktive Zusammenarbeit.

Wirkung: Das Angebot hat keine direkte Wirkung auf die Alkoholproblematik der Jugendlichen, sondern auf die öffentlich spürbaren Auswirkungen des Alkoholmissbrauchs (Abfall,



Lärm, Gewalt). Die Gespräche mit den Jugendlichen können die Probleme entschärfen; sie werden aber nicht an der Wurzel angegangen.

3.4.4 Zielgruppe „Jugendliche mit regelmässigem Risikokonsum“

Definition: Jugendliche mit regelmässigem Risikokonsum trinken nicht nur an Partys und Wochenenden, sondern auch während der Woche. Ihr Alkoholkonsum wirkt sich negativ auf ihre Präsenz in der Schule und am Lehr- oder Arbeitsplatz aus.

Angebote: Die Suchtfachstelle der Stiftung Suchthilfe betreibt ein Beratungsangebot für Eltern und Jugendliche. Es wird jedoch kaum genutzt. Auch zu engagierten Lehrkräften bestehen Kontakte, doch fehlt es an einer intensiven Zusammenarbeit.

Wirkung: Interventionsmöglichkeit mit sehr beschränkten Effekten.

3.4.5 Zielgruppe „Jugendliche mit Tendenz zu Risikokonsum“

Definition: Die gefährdeten Jugendlichen trinken gelegentlich zuviel, je nach Begleitung, Umfeld und Anlass. Ihr Alkoholkonsum an Anlässen wie beispielsweise OLMA, Stadtfest, OpenAir und gelegentlichen Partys ist hoch. Während des Jahres trinken sie keinen Alkohol oder sonst in einem Ausmass, das man als „normal“ bezeichnen kann.

Angebote: Verschiedene Organisationen und Institutionen engagieren sich im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung; so die Stiftung Suchthilfe mit der Suchtfachstelle, die kantonale Fachstelle für Prävention (ZEPRA), das Jugendsekretariat, das Blaue Kreuz, Schulen, Landeskirchen, Ärzteschaft usw.

Das Projekt „Checkpoint“ machte beispielsweise auf die geltenden Jugendschutzbestimmungen beim Verkauf und Ausschank von alkoholischen Getränken aufmerksam. Die Kampagne sensibilisierte vor allem das Verkaufspersonal des Detailhandels und das Servicepersonal für die Anliegen des Jugendschutzes.

Eine neue Kampagne, die auf einen verbesserten Jugendschutz bei der Abgabe von Alkohol abzielt, heisst „smartconnection“. Smartconnection ist u.a. ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche. Es hat zum Ziel, Jugendliche mit moderatem Alkoholkonsum zu belohnen und an Veranstaltungen die Jugendschutzbestimmungen durchzusetzen. In der Stadt St.Gallen wird diese Kampagne durch die Stiftung Suchthilfe betreut, die über qualifiziertes Personal verfügt. Die Stiftung Suchthilfe ist mit verschiedenen Veranstaltern wie OpenAir, Stadtfest, Talhoffestival und Silvesterparty im Gespräch. Ferner unterstützt sie bei Bedarf die Schulen



bei Sonderwochen und Projekten zum Thema Suchtprävention.

Wirkung: Präventiv. Veranstalter werden durch Information und Schulung in die Pflicht genommen.

3.5 Weitere Akteure

Der Verband der Tankstellenshop-Betreiber hat unter dem Patronat der Schweizerischen Erdöl-Vereinigung die Aktion „Ohne Ausweis kein Alkohol“ lanciert. Die Shopbetreiber bzw. deren Personal wurden angehalten, die Alterslimiten beim Alkoholverkauf strikte einzuhalten. Der Verband führt beim Verkaufspersonal entsprechende Schulungen durch. Die Einhaltung wird über Testkäufe durch Minderjährige kontrolliert. Widerhandlungen werden vom Verband geahndet. Dem Verkaufspersonal werden arbeitsrechtliche Sanktionen, die bis zur Entlassung führen können, auferlegt.

In einigen „In-Lokalen“ für vorwiegend jugendliches Publikum gehören Ausweiskontrollen zum Standard und werden beim Eingang schriftlich angekündigt. Akzeptiert werden in der Regel nur amtliche Ausweise. Ohne Ausweis wird der Einlass verweigert. Nur Personen, die das 18. Altersjahr vollendet haben, erhalten einen Stempel auf die Hand, der den Kauf von gebrannten Wassern ermöglicht. Einzelne Club-Lokale haben das Eintrittsalter (z.B. auf 25 Jahre) erhöht.

Im Frühjahr 2007 hat die Stadtpolizei die Verantwortlichen des avec-Shops am Hauptbahnhof ersucht, im Interesse des Jugendschutzes und zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung im angrenzenden öffentlichen Raum entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Daraufhin führten das „avec“ und das „Aperto“ eine dreimonatige Testphase durch, in der alkoholische Getränke (inklusive Wein, Bier und Apfelwein) nur noch an Personen ab 18 Jahren abgegeben wurden. Die Massnahme wurde durch eine entsprechende Beschilderung im Betrieb den Kunden kommuniziert. Gleichzeitig wurde das Personal entsprechend geschult. Nach der Testphase wurde diese Massnahme indessen nicht weitergeführt, weil der erhoffte Erfolg ausgeblieben war. Die unter 18-jährigen Jugendlichen hatten sich während der Testphase andernorts mit alkoholischen Getränken eingedeckt, während sich an der unbefriedigenden Situation im öffentlichen Raum rund um den Hauptbahnhof nichts geändert hatte.

Im Januar 2008 führte der Schweizerische Städteverband bei seinen Mitgliedern eine Umfrage betreffend Öffnungszeiten der Verkaufsgeschäfte in Bahnhöfen durch. Beabsichtigt ist eine Intervention in den Eidgenössischen Räten mit dem Ziel, im Eisenbahngesetz eine Einschränkung der Verkaufszeiten der Bahnhofsgeschäfte auf die Schalteröffnungszeiten der



SBB zu verankern. Inzwischen haben die SBB in Absprache mit den Ladenbetreibern im Sinne einer Sofortmassnahme entschieden, den Alkoholverkauf in Läden und Kiosken in SBB-Bahnhöfen ab 1. April 2008 in den späten Abendstunden zu verbieten. Das Verbot wurde vorläufig auf 22.00 Uhr festgelegt; zukünftige strengere gesetzliche Regelungen bleiben vorbehalten.

4 Würdigung der bestehenden Instrumente und Massnahmen

4.1 Nationales Programm Alkohol 2008-2012 und Kantonaler Alkoholaktionsplan

Der Stadtrat begrüsst die Initiative des Bundes, die Federführung und Koordination für eine kohärente Alkoholpolitik zu übernehmen. Es ist wichtig, dass sich die Akteure in der Alkoholpolitik künftig an einem einheitlichen Programm orientieren. Mit dem NPA erhält die Alkoholthematik politisch mehr Gewicht. Dasselbe gilt für den Kantonalen Alkoholaktionsplan, in dessen Rahmen die Regierung konkrete Ziele und Massnahmen zur Verminderung der Alkoholproblematik erarbeitet.

4.2 Projekt „Die Gemeinden handeln!“

Das im Postulatstext erwähnte Projekt „Die Gemeinden handeln!“ wurde im Rahmen des Alkoholprogramms 1999 – 2002 des Bundes als Pilotprojekt aufgebaut und durchgeführt. Träger des Programms waren das Bundesamt für Gesundheitsfragen und die Eidg. Alkoholverwaltung. Seither wurde das Projekt „Die Gemeinden handeln“ in über 100 Gemeinden weitergeführt. Eine im Auftrag des BAG im Juli 2006 durchgeführte „Evaluation der Wirkungen lokaler Alkoholpolitiken – eine vergleichende Fallstudienanalyse“¹⁰ kommt allerdings zum Schluss, dass die in den untersuchten Gemeinden verankerten Massnahmen nur beschränkt als lokale Alkoholpolitiken gelten können. Das zentrale angestrebte Wirkungsziel des Projektes, auf das sich die Evaluationsfragestellungen fokussieren, nämlich lokale Alkoholpolitiken anzuregen, sei nur ansatzweise erreicht worden.

4.3 Massnahmen auf städtischer Ebene

Das Problem des Alkoholmissbrauchs Jugendlicher ist auf breiter Ebene erkannt. Verschiedene Institutionen und Organisationen haben Lösungsansätze entwickelt (vgl. insbesondere die in Ziff. 3.4.1 erwähnten Akteure und ihre Ansätze). Die Projekte und Massnahmen sind

¹⁰ <http://www.bag.admin.ch/evaluation/01759/02067/02170/index.html?lang=de>



aber zu wenig koordiniert. Die bestehenden gesetzlichen Jugendschutz-Bestimmungen bilden die Grundlage für weiterführende oder griffigere Interventionen. Aus personellen Gründen mangelt es heute zum Teil an der Durchsetzung oder der engeren – über die Durchführung von Stichproben hinausgehenden – Kontrolle der gesetzlichen Vorschriften.

4.4 Massnahmen auf privater Ebene

Auf Freiwilligkeit beruhende Massnahmen von Veranstaltern sowie Inhabern von Gaststätten und Alkoholverkaufsstellen scheitern oftmals daran, dass diese mit Umsatzeinbussen verbunden sind und dadurch den wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen. Das gilt vor allem bei Massnahmen, die auf eine Einschränkung der Verkaufszeiten und oder eine Heraufsetzung des Jugendschutzes abzielen. Dies war letztlich auch der Grund dafür, weshalb der dreimonatige Versuch der Bahnhofshops „avec“ und „Aperto“ nicht fortgesetzt wurde (vgl. Ziff. 3.5).

In vielen Fällen haben Private ein Eigeninteresse an entsprechenden Massnahmen, die dazu beitragen, dass die Jugendschutz-Bestimmungen an ihrer Veranstaltung oder in ihrem Betrieb möglichst lückenlos eingehalten und durchgesetzt werden können. Dies gilt vor allem dann, wenn Verstösse gegen die gesetzlichen Bestimmungen zum Verlust des Patentes bzw. der Verkaufsbewilligung führen können. In der Praxis werden die entsprechenden Massnahmen dieser Privaten oftmals durch die Stiftung Suchthilfe, das ZEPRA und die Stadtpolizei unterstützt.

5 Handlungsbedarf

5.1 Einhaltung und Kontrolle bestehender Jugendschutz-Vorschriften

Von zentraler Bedeutung ist die konsequente Umsetzung und vermehrte Kontrolle der Einhaltung geltender Jugendschutz-Bestimmungen. Diesen gilt es - unter anderem durch systematische Testkäufe – Nachachtung zu verschaffen. Dabei sind festgestellte Widerhandlungen konsequent zu verzeigen und nötigenfalls durch entsprechende Massnahmen wie den Entzug der Verkaufslizenz (soweit eine solche benötigt wird) zu sanktionieren. Die gezielte Schulung des Verkaufs- und Bedienungspersonals ist zu intensivieren. Begleitend sollte die Öffentlichkeit vermehrt über die Bedeutung der Einhaltung der Jugendschutz-Bestimmungen und der dafür notwendigen Massnahmen informiert und sensibilisiert werden.



5.2 Gesetzlicher Regelungsbedarf

Für eine kohärente Alkoholpolitik sind weitere Einschränkungen der Verfügbarkeit von Alkohol notwendig.

Von zentraler Bedeutung ist die Einschränkung der Verkaufszeiten für Alkohol. Die Einführung eines Verkaufsverbots von 21.00 bis 07.00 Uhr, wie im NPA vorgeschlagen, wäre deshalb sehr zu begrüssen.

Um die Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 bzw. 18 Jahren zu unterbinden, wäre eine entsprechende Strafnorm zu schaffen.

Daneben ist auch die Heraufsetzung der Altersgrenze für den Verkauf alkoholischer Getränke generell auf 18 Jahre zu prüfen.

Hilfreich wäre die Wiedereinführung der Bewilligungspflicht für den Verkauf von Wein, Bier und Apfelwein.

Nach Aufhebung des kantonalen Unterhaltungsgewerbegesetzes soll die Beibehaltung der Bewilligungspflicht für Anlässe durch eine entsprechende städtische Regelung sichergestellt werden.

5.3 Bessere Vernetzung der Akteure auf Stadtgebiet

In der Präventionsarbeit ist eine gute Vernetzung mit anderen Organisationen, kantonalen Fachstellen und Bundesämtern von grosser Bedeutung.

Die Stiftung Suchthilfe hat Ende Sommer 2007 eine Umfrage lanciert, um das Problembewusstsein und den Handlungsbedarf zu eruieren. Befragt wurden Institutionen, Organisationen und Gruppen, die mit dem Problem des Jugendalkoholismus konfrontiert sind. Dazu gehören Schulen, Behörden, Polizei und Justiz, Spitäler, schulärztlicher Dienst, Jugendorganisationen, Suchtfachstellen, Kirche, Veranstalter usw. Die Umfrage hat gezeigt, dass alle Befragten sehr am Thema interessiert sind. Sie signalisierten eine hohe Bereitschaft, das Problem im Rahmen einer intensiveren Vernetzung anzugehen. Auch die Veranstalter von Jugendanlässen zeigten erfreuliches Interesse. Eine Zusammenarbeit wird ausdrücklich gewünscht. Praktisch alle Befragten wiesen auf den Handlungsbedarf hin.

Die nachfolgend vorgeschlagenen Massnahmen sollen sowohl im individuellen Bereich wie auch auf gesellschaftlicher Ebene Wirkungen erzielen und sichtbare Erfolge ermöglichen.



Die zielgruppenspezifischen Vorschläge zeitigen auch über die jeweiligen Gruppen hinaus wünschbare Effekte.

Bezogen auf die definierten vier Zielgruppen (Ziff. 3.4.2 ff.) steht die Umsetzung folgender Massnahmen im Vordergrund:

5.3.1 Massnahmen bei der Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten mit Intoxikationen“

Das Management für Alkoholintoxikationen von Jugendlichen am Ostschweizerischen Kinderspital (KISPI) hat sich bewährt. Es ist jedoch in Einzelfällen zu wenig nachhaltig. Anzustreben ist in diesen Fällen (jedoch auch generell) eine Zusammenarbeit zwischen dem KISPI und der Suchtfachstelle. Es soll ein Instrument geschaffen werden, um den Jugendlichen nach der Krisenintervention ein nachhaltiges Interventionskonzept anzubieten. Dazu gehört in jedem Fall auch eine Gefährdungsmeldung an das zuständige Vormundschaftsamt.

Das Kantonsspital St.Gallen kennt derzeit noch kein spezielles Instrument mit dem Umgang von jugendlichen Rauschtrinkerinnen und Rauschtrinkern. Es könnte das Management vom Kinderspital übernehmen. Eine engere Zusammenarbeit ist diesbezüglich bereits am Entstehen.

5.3.2 Massnahmen bei der Zielgruppe „Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten im öffentlichen Raum“ (Wochenendtrinkerinnen und -trinker)

Bereits heute bestehen auf verschiedenen Ebenen Möglichkeiten zur Intervention. Ein koordiniertes Interventionsschema könnte aber dazu beitragen, den Jugendlichen konsequent und zielgerichtet klare Grenzen zu setzen. Dies auch mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen im öffentlichen Raum (Abfall, Lärm, Gewalt, Sachbeschädigung) einzudämmen.

Interventionsmöglichkeiten sind: Die konsequente Einforderung der gesetzlichen Bestimmungen beim Verkauf und Ausschank von Alkohol. Dazu braucht es einerseits eine entsprechende Schulung des Verkaufs- und Servicepersonals in Bezug auf den Jugendschutz sowie Aufklärung vor Ort; beispielsweise durch die Intensivierung des Projektes „smartconnection“.

Das korrekte Verhalten soll mittels Testkäufen und Beobachtungen vor Ort kontrolliert werden.



Die Stadtpolizei stellt nur noch, soweit dies überhaupt bewilligungspflichtig ist, Bewilligungen zum Alkoholverkauf aus, wenn der Verhaltenskodex eingehalten wird. Bewilligungen für so genannte Flat Rate Partys werden keine ausgestellt. Die bisherige in diesem Punkt sehr restriktive Praxis wird nicht gelockert, sondern konsequent weiter geführt (sogenannte „happy hours“ sind indessen nicht bewilligungspflichtig und nach Bundesrecht gestattet, sofern der Gastbetrieb die alkoholischen Getränke nicht unter dem Einkaufspreis verkauft).

Durch einen dringend notwendigen Ausbau der Aufsuchenden Jugendarbeit des Jugendsektariats soll eine quantitative und qualitative Verbesserung der Präsenz und der Wirkung bei der individuellen Problematik und den gesellschaftlich spürbaren Auswirkungen des übermässigen Alkoholkonsums Jugendlicher und junger Erwachsener ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass die Stadtpolizei St.Gallen per 1. Januar 2008 mit den Jugendpolizisten eine neue Spezialistenfunktion für den Jugendbereich geschaffen hat. Die Jugendpolizisten sind dann vor Ort tätig, wenn sich besondere Probleme mit Jugendlichen abzeichnen (v.a. Gewaltausübung, nicht selten in Verbindung mit übermässigem Alkoholkonsum).

5.3.3 Massnahmen bei der Zielgruppe „Jugendliche mit regelmässigem Risikokonsum“

Es ist Sensibilisierungsarbeit auf verschiedenen Ebenen zu leisten nach dem Motto: „Alle müssen mehr Verantwortung übernehmen“. Ziel ist, dass Eltern, Lehrkräfte, Lehrmeister, Ärzteschaft, Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, kirchliche Verantwortungsträgerinnen und -träger sowie Vereinsverantwortliche und junge Leute im Umfeld jugendlicher Gefährdeter das Problem erkennen und dementsprechend handeln. Dazu braucht es eine intensivere Zusammenarbeit, um gefährdete Jugendliche rascher zu erkennen und früher einer Intervention zuzuführen. Diese Botschaft soll im Rahmen spezieller Kampagnen zielgruppengerecht aufbereitet und kommuniziert werden.

5.3.4 Massnahmen für alle Zielgruppen

Das Alkoholproblem muss in der Präventionsarbeit wieder prioritär thematisiert werden. In den letzten Jahren wurde es durch das Suchtproblem harter Drogen verdrängt.



5.3.5 Generelle Massnahmen

Die Stiftung Suchthilfe wird einen Ratgeber für Eltern herausgeben, der deren Bewusstsein für die Erziehungsverantwortung stärkt. Die erhoffte Wirkung ist, dass Eltern ihren Kindern Grenzen setzen. Der Ratgeber soll den Eltern auch die gesamtgesellschaftlichen Umstände aufzeigen, welche die Erziehungsarbeit erschweren und sie ermuntern, rasch und ohne Hemmungen Hilfe bei den Fachstellen anzufordern.

Jugendliche sollen vermehrt selber in die Pflicht genommen werden. Zusammen mit ihnen sollen Strategien entwickelt werden, wie man alkoholisierte Kolleginnen und Kollegen erreicht und sie für einen mässigen Alkoholkonsum gewinnen kann (Beispiel: Projekt „smartconnection“). Das Projekt „smartconnection“ soll in Zusammenarbeit mit der Stiftung Suchthilfe auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen ausgebaut werden.

Der Konsum alkoholfreier Getränke soll gefördert werden, so zum Beispiel durch Sponsoring von alkoholfreien Drinks an Veranstaltungen oder das Betreiben von Bars mit alkoholfreien Getränken an Wochenenden.

Die Suchtfachstelle erarbeitet ein Konzept, um die Vereinsverantwortlichen in ihrer Haltung gegenüber einem mässigen Alkoholkonsum zu bestärken. In den Vereinen haben die Bezugspersonen oft einen besseren „Draht“ zu den Jugendlichen als Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte oder Lehrmeister.

Die Schulen handeln, wenn sich Jugendliche durch Alkoholkonsum auffällig benehmen. Auf dem Schulhausareal ist der Konsum alkoholischer Getränke klar verboten.

Ein denkbarer Weg, um Studentenverbindungen zur Aufgabe ihrer „Trinkrituale“ zu motivieren, ist eine Inpflichtnahme der Altherren als Vorbilder.

6 Schlussfolgerung

6.1 Forderung nach ganzheitlicher Sichtweise und interdisziplinärer vernetzter Zusammenarbeit

Der Konsum (legaler und illegaler) psychoaktiver Substanzen bildet eine Konstante menschlichen Daseins. Es gibt keine suchtfreie Gesellschaft. St.Gallen verfolgt deshalb schon seit Jahren eine pragmatische, lösungsorientierte und vernetzte Drogenpolitik im Rahmen der gesetzlichen Massnahmen. Sie stützt sich dabei auf das Vier-Säulen-Prinzip ab (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression). Zusätzlich wird nach Substanzen und nach Konsummustern (risikoarmer, problematischer Konsum, Abhängigkeit) unterschieden.



Ziel muss eine möglichst ganzheitliche Sichtweise auf das Thema Sucht sein. Von besonderer Bedeutung sind die Prävention sowie die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu eigenständigen, gesunden Erwachsenen. Prävention heisst deshalb insbesondere auch, frühzeitig einzugreifen und gezielt junge Menschen mit einem problematischen Konsum anzusprechen.

Die positiven Erfahrungen des Vier-Säulen-Modells der Schweizerischen Drogenpolitik sollen in Zukunft für Strategien zur Problembewältigung genutzt werden, die bei anderen (auch legalen) Suchtmitteln und neuen problematischen Entwicklungen auftreten. Neben der zu intensivierenden interdisziplinären Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist eine umfassende Suchtpolitik gefordert, welche eine ganzheitliche Sichtweise auf das Thema Sucht legt. Es ist an der Zeit, auf Erreichtes zurückzuschauen, die Lage neu zu beurteilen und zu entscheiden, wo neue Akzente und Schwerpunkte zu setzen sind und wo Bewährtes weitergeführt werden soll.

6.2 Erarbeitung eines Alkoholkonzeptes der Stadt St.Gallen

Das Problem des Alkoholmissbrauchs durch Kinder und Jugendliche stellt Politik und Gesellschaft vor komplexe Fragestellungen. Es kann nicht durch einzelne Institutionen und Organisationen gelöst werden. Für eine nachhaltige Wirkung braucht es eine intensivierte Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Der Stadtrat setzt eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe ein, die unter fachlicher Federführung der Stiftung Suchthilfe auch Hauptbeteiligte wie Schule, Polizei, Medizin, Gesundheitsförderung und Jugendarbeit umfasst. Ziel ist es, die bestehende Bestandesaufnahme der existierenden Angebote kritisch zu würdigen und neue Interventionsstrategien und Massnahmen, wie sie teilweise im vorliegenden Bericht erwähnt sind, auf lokaler Ebene zu entwickeln, zu koordinieren und umzusetzen.

Auf der Grundlage des schweizweit anerkannten Prinzips der „Vier Säulen“ im Sinne einer Weiterentwicklung des „St.Galler Weges“ wird ein städtisches Alkoholkonzept erarbeitet.



7 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat „Kinder und Jugendliche konsumieren Alkohol im Übermass – Wir brauchen eine ‚Alkoholpolitik‘!“ wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Aufstellung des Ostschweizer Kinderspitals über Einlieferung von Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahre infolge Alkoholvergiftung

